

JUSO Baselland
Gerberstrasse 4
4410 Liestal
praesidium@juso-bl.ch

Nuria Frey
Lufthygieneamt Baselland
Rheinstrasse 29
4410 Liestal
nuria.frey@bl.ch

Liestal, den 17. Januar 2023

Klimastrategie Baselland Vernehmlassungsantwort JUSO Baselland

Sehr geehrte Vernehmlassungsverantwortliche
Sehr geehrte*r Nuria Frey

Sie haben die JUSO Baselland nicht für eine Stellungnahme zur Klimastrategie des Kantons Baselland eingeladen. Die Entscheidung, bei so einer zukunftsweisenden Vorlage nur Mutterparteien zur Vernehmlassung einzuladen, ist nicht nachvollziehbar. Junge Menschen zur Klimastrategie nicht zu vernehmen, zeugt vom Unverständnis der Regierung gegenüber der Dringlichkeit der Klimakrise. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Generation. Wir äussern uns dennoch zur Klimastrategie. Die folgende Vernehmlassungsantwort wurde von der Mitgliederversammlung der JUSO Baselland am 17. Januar 2023 beschlossen.

Für die JUSO Baselland ist das grundsätzliche Klimaziel Netto Null 2050 völlig ungenügend und enttäuschend. [Eine Studie der ZHAW aus dem Jahr 2022](#) zeigt auf, dass Netto Null 2050 für die Erreichung des 1.5-Grad-Ziels viel zu spät ist. Die JUSO Baselland spricht sich daher für eine grundlegende Überarbeitung der Strategie zugunsten einer Zielsetzung von Netto Null 2030 aus. Die Machbarkeit von Netto Null 2030 zeigt beispielsweise der [Climate Action Plan des Klimastreiks](#) oder der [Massnahmenplan der JUSO Schweiz](#) mit einer Vielzahl an Massnahmen.

Zusätzlich ist die Klimastrategie dahingehend zu überarbeiten, dass sie von einer Sammlung schwammiger und ungenauer Halbmassnahmen zu einer konkreten, ambitionierten Strategie wird, die klare Vorgaben an Privatwirtschaft, Kanton und Gemeinden und wo nötig Verbote enthält. Anstatt nur "Stossrichtungen" und "mögliche Schlüsselmassnahmen" zu benennen, braucht es konkrete Massnahmen und ambitionierte Ziele.

Trotz der allgemein unambitionierten Klimastrategie, hat die JUSO Baselland konkrete Änderungsvorschläge ausgearbeitet:

- Im **Abschnitt 2.0** muss das Ziel von Netto Null 2050 auf 2030 korrigiert werden und somit die Dringlichkeit der Klimakrise anerkannt werden. Die Auswirkungen dieser Korrektur müssen selbstverständlich in den Netto-Null-Zielen in allen anderen Abschnitten angepasst werden.
- Im Sektor Gebäude im **Abschnitt 3.2** ist ein sofortiges Neu- und Ersatzbauverbot von fossilen Heizungen und ein Verbot fossiler Heizungen ab 2030 ein konkreter Schritt, um das nötige Ziel von Netto Null zu erreichen. Zusätzlich zum geplanten Impulsprogramm zum Heizungsersatz von Seiten des Bundes soll der Kanton selbst Geld in die Hand nehmen, um den Heizungsersatz von Privatpersonen einkommensabhängig zu unterstützen.
- Im **Abschnitt 3.3** Verkehr und Raum fehlt der konkrete Plan des Ausbaus und Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Der ÖV ist ein grosser und vor allem sozialer Hebel bei der CO₂-Reduktion und muss gerade auf dem Land ausreichend gefördert werden. Der gebührenfreie Zugang zum öffentlichen Verkehr in Verbindung mit einem Kapazitätsausbau wäre ein wichtiger Verlagerungsanschub.
- Ebenfalls in **Abschnitt 3.3** Verkehr und Raum spricht sich die JUSO Baselland für einen kantonalen Stopp von Strassen-Neu- und Ausbau-Projekten aus. Diese Massnahme betrifft auch die kantonale Unterstützung für solche Projekte von Seiten des Bundes, die auf Baselbieter Kantonsgebiet geplant sind. In Zeiten der Klimakrise können wir es uns nicht leisten, einen einzigen Franken in solch klimaschädliche Mobilität wie den motorisierten Individualverkehr zu investieren. Ausgenommen davon sind selbstverständlich zwingend notwendige Instandsetzungsarbeiten und Velowege. Um Stau zu verhindern, die Umweltbelastung zu reduzieren, und die Lebensqualität zu steigern, sollen stattdessen der ÖV, autoverkehrsberuhigte und -befreite Zonen, alternative Verkehrsmittel und Car-Sharing gefördert werden.
- Bei der Energieerzeugung und Energieversorgung im **Abschnitt 3.6** braucht es zusätzlich eine Photovoltaikpflicht auf allen geeigneten Dächern im Kanton. Das fördert eine nachhaltige, unabhängige und sichere Energieversorgung.
- Im Bereich Landwirtschaft im **Abschnitt 3.7** braucht es einen konkreten Subventionsplan zur Förderung von kleinen, regionalen und klimafreundlichen Bauernhöfen. Eine kantonale, digitale Plattform zur Förderung von Hofläden, welche die Vermittlung zwischen Höfen und Kund*innen erleichtert und den Direktverkauf von kleinen Höfen gegenüber den grossen Detailhandelsunternehmen stärkt. Das verringert gerade im Oberbaselbiet die Wege und stärkt die regionale Selbstversorgung.
- Im **Abschnitt 3.11** muss ein Verbot von jeglichen finanzgetriebenen Investitionen in klimaschädliche Energien hinzugefügt werden. Auch im Kanton Baselland treibt der Finanzplatz die Klimakrise durch klimaschädliche Investitionen voran. Freiwillige Massnahmen haben bisher zu wenig Wirkung gezeigt. Um die Klimakrise wirklich zu bekämpfen, müssen Finanzflüsse nachhaltig sein.

- Bei den Querschnittsfeldern in **Abschnitt 3.12** soll der Kanton sich für eine Arbeitszeitreduktion bei gleich bleibendem Lohn stark machen. Dies fördert die Lebensqualität, senkt erwiesenermassen den CO₂-Ausstoss, ermöglicht mehr Freizeit für nachhaltige, zeitintensivere Lebensformen und fördert das freiwillige Engagement der Baselbieter*innen.
- Bei den sozialen Auswirkungen im **Abschnitt 5.3** muss anerkannt werden, dass die extrem ungleiche Verteilung des Reichtums im Kanton die Klimakrise begünstigt und vorantreibt. Das reichste 1% hat einen massiv höheren CO₂-Verbrauch, als der Rest, was klar zeigt, wo gehandelt werden muss. Die JUSO Baselland fordert daher höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften und für Topverdiener*innen, sowie auf Boni, um den CO₂-Verbrauch des reichsten 1% zu senken und auszugleichen. Die Einnahmen sollen in Klimaschutzmassnahmen investiert werden.

Eigenverantwortung hat ausgedient, das zeigt auch [eine weitere Studie der ZHAW](#). Für 80% der nötigen Emissionsreduktionen braucht es konkrete, politische Massnahmen, welche über Eigenverantwortung herausgehen. Die JUSO Baselland erwartet von der Kantonsregierung, die Wissenschaft ernst zu nehmen und sich endlich am Riemen zu reissen, um unserer Generation eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Dazu gehört eine konkretere, ambitioniertere und gerechtere Klimastrategie.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vorschläge. Wir hoffen, dass auch die Stimmen der Jugend in dieser Vernehmlassung ernst genommen werden.

Freundliche Grüsse



Clara Bonk
Co-Präsidentin JUSO Baselland



Elena Kasper
Co-Präsidentin JUSO Baselland